

27/1995

Herbst-Aktion Tierschutz

Alle sind dazu eingeladen, sich zu engagieren und mitzumachen



Mit 100.000 Flugblättern, 10.000 Wandzeitungen, einem Handbuch und konkreten Aktions-Vorschlägen unterstützt die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Herbst-Aktion, die in allen Kreisverbänden dem Tierschutz dienen soll. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert am 30. August im Konrad-Adenauer-Haus erläuterte Generalsekretär Peter Hintze die Inhalte dieser Aktion:

Die Aktion Tierschutz ist Teil unserer Bemühungen um die Bewahrung der Umwelt, um den Schutz der Schöpfung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir haben seit unserer Regierungsübernahme im Jahre 1982 den Tier- und Artenschutz systematisch ausgebaut. Wir haben dabei einige grobe Mißverständnisse des Menschen dem Tier gegenüber – auch durch rechtliche Regelungen – ausgeräumt, etwa durch die Klarstellung im Bürgerlichen Gesetzbuch, daß Tiere keine Sachen sind, als die sie bisher behandelt wurden, sondern unter dem Schutz besonderer Gesetze stehen.

Wir haben in Deutschland mehr als 90 Millionen Heimtiere, davon etwa knapp fünf Millionen Hunde und 5,5 Millionen Katzen. In 13 Prozent aller Haus-

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

- **Argumente zum Quorum**
Wolfgang Schäuble: Deshalb unterstütze ich den Bundesvorstand. Seite 6
- **Berufliche Bildung**
Kabinett beschließt Sonderprogramm: Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern. Seite 12
- **„Chaos-Wochenende“**
Niedersachsen hat es nicht verdient, so schlecht regiert zu werden. Aus der Rede von Christian Wulff im Landtag. Seite 31
- **Europa**
Thomas Mann MdEP: Konkrete Lösungssituation in Europa. Seite 38
- **Dokumentation**
Staatsquote und Sozialstaat. Grüner Teil
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel. Rosa Teil

Deutschland - beim Tierschutz voran

Tierschutz heißt Achtung vor dem Leben und vor unserer Schöpfung. Die Bundesregierung hat mit dazu beigetragen, daß Tiere weltweit besser geschützt werden. Sie hat entschieden mit dafür gekämpft, den kommerziellen Walfang zu verbieten und die tropischen Regenwälder als Lebensgrundlage für Menschen und Tiere besser zu schützen.

Die CDU hat gehandelt:

- Tierschutzgesetz 1986. Es ist das weltweit strengste Tierschutzgesetz.
- Verschärfung der Rechtsvorschriften für Tierversuche. Die Zahl der Tierversuche ist seit 1989 um jährlich 10 Prozent gesunken.
- Verbesserung für landwirtschaftliche Nutztiere. Die Mindestanforderungen an die Haltung und Pflege der Tiere wurden erhöht.
- In einer Erklärung zum Vertrag von Maastricht zur Europäischen Union wurde der Tierschutz verankert.
- Tierschutz bei Transporten.

Landwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU) hat eine europaweite Vorschrift zum Schutz der Tiere bei Transporten auf den Weg gebracht.

Jetzt werden Tiertransporte in Europa grundsätzlich auf acht Stunden begrenzt. Nur beim Einsatz von Spezialfahrzeugen sind Ausnahmen möglich.

Wir haben viel erreicht - dennoch bleibt Wichtiges zum Schutz der Tiere zu tun.

Die CDU will das Tierschutzgesetz weiter verbessern. Geplant ist unter anderem, die Sachkundeanforderungen zu erweitern, den Tierimport schärfer zu kontrollieren und Tierversuche auch für pflegende Kosmetika gänzlich zu untersagen.



CDU

Fortsetzung von Seite 1

halte lebt damit z. B. ein Hund; die Zahl der gehaltenen Katzen ist sogar noch größer.

Was die Tierschutzthematik insgesamt angeht, haben wir in den vergangenen Jahren auch auf europäischer Ebene viel erreicht. Jüngstes Beispiel für unsere Tierschutzpolitik sind die Neuregelungen bei den Schlachtviehtransporten.

Die Mißstände hatten keinem mitfühlenden Menschen gleichgültig bleiben können; und es ist deshalb ein großer persönlicher Erfolg von Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert, eine Neuregelung durchgesetzt zu haben. Jeder weiß, wie groß die politischen Widerstände in den anderen EU-Ländern und wie schwierig die Verhandlungen waren, die aber schließlich zu einem positiven Abschluß gekommen sind.

Daueraufgabe Tierschutz

Tierschutz begreifen wir als Daueraufgabe und vor allem als eine Forderung, die sich nicht allein an den Gesetzgeber richtet, sondern die – wie kaum eine andere Aufgabe – das Mitmachen und Mitwirken aller Bürgerinnen und Bürger erforderlich macht.

In unserer Gesellschaft gibt es beides: große Tierliebe und unvorstellbare Gleichgültigkeit, ja sogar Grausamkeit gegenüber Tieren.

Daß es in Deutschland z. B. Hundekämpfe gibt, bei denen an geheimen Orten besonders scharf gemachte Hunde aufeinander gehetzt werden, bis sie einander totgebissen haben, halte ich für beschämend.

Über derartige illegalen Machenschaften muß aufgeklärt werden. Es muß auch das Bewußtsein dafür geweckt werden, daß das kein Sport ist, sondern übelster Mißbrauch und übelste Quälerei von Tieren.

Tabu errichten

Untragbar ist für mich auch, daß Menschen Hunde scharf machen und als Waffe einsetzen, die zu einer Gefahr für Menschen, vor allen Dingen aber für Kinder und ältere Leute wird. Dabei handelt es sich um Hundehalter, denen es nicht um das Tier geht, sondern um dessen Aggressivität gegenüber Menschen.

Wir wissen, daß es schwierig ist, mit gesetzlichen Regelungen der Sache Herr zu werden. Um so mehr muß die öffentliche Diskussion darüber geführt und ein Tabu errichtet werden, das es unmöglich macht, Hunde zu solchen Zwecken zu mißbrauchen.

Zum Schluß der politische Punkt, auf den alles zielt: Die CDU hat sich für diese Legislaturperiode vorgenommen, das Naturschutzgesetz umfassend zu novellieren. Es hat schon einen längeren Weg der Vorbereitung hinter sich und sollte möglichst bald in Kraft treten.

Aktionsvorschläge

Wie einzelne Aktionen für den Tierschutz aussehen könnten, ist ganz Ihrer Phantasie überlassen. Ihr werden keine Grenzen gesetzt. Zur Anregung Ihrer Phantasie und auch als konkrete Vorschläge haben wir **auf den Seiten 40 bis 42** unter dem Titel „Tierschutzpolitik lebendig gestalten“ **Projekte für die Arbeit vor Ort** zusammengestellt.

Bundesminister Jochen Borchert auf einer Pressekonferenz am 30. August im Konrad-Adenauer-Haus:

Tierschutz ist eine Aufgabe für uns alle

Die Herbstaktion Tierschutz der CDU dient dazu, deutlich zu machen, daß der Schutz der uns anvertrauten Schöpfung und die Verbesserung des Tierschutzes ein wichtiges Element der politischen Arbeit der CDU und der von ihr geführten Bundesregierung ist.

Seit der Regierungsübernahme 1982 haben wir den Tier- und Artenschutz systematisch ausgebaut. Beispiele dafür sind etwa das 1986 vollständig novellierte Tierschutzgesetz, aber auch die 1990 vorgenommene Ergänzung im Bürgerlichen Gesetzbuch. Darin wird unmißverständlich klargestellt, daß Tiere Mitgeschöpfe sind, deren Leben und Wohlbefinden es zu schützen gilt.

Leider gibt es für die gemeinsame europäische Politik noch keinen klar definierten Tierschutzauftrag. Und nur sehr zögerlich und unter dem Druck aktueller Ereignisse, meist unerfreulicher und beschämender Vorfälle, sind manche europäische Länder bereit, dem Schutz der

Auch auf europäischer Ebene

Tiere eine größere Bedeutung beizumessen. Aber die bisherigen Erfahrungen zeigen auch, daß es sich gerade auch auf der europäischen Ebene lohnt, für den Schutz der Tiere einzutreten, auch wenn wir häufig nur kleine Fortschritte erzielen, auch wenn der politische Druck, um Fortschritte zu erzielen, immer sehr groß sein muß.

Für mich steht aber fest: Wir müssen im Europäischen Binnenmarkt zu einheitlichen und höheren Tierschutzstandards kommen, als wir sie zur Zeit auf der europäischen Ebene haben.

Erfolg bei Schlachtviehtransport

Deswegen fordere ich eine Festschreibung des Tierschutzgedankens im Europäischen Vertrag. Das Wohlergehen der Tiere würde in einem gemeinschaftlich verankerten Tierschutzziel für die Gemeinschaften und deren Mitgliedstaaten erstmals als politischer Auftrag verbindlich vorgegeben.

Die Verwirklichung dieses Ziels könnte bei der Regierungskonferenz im nächsten Jahr erreicht werden, denn bereits bei der Schlußakte zum Vertrag von Maastricht konnten wir in einem ersten Schritt eine Erklärung zum Tierschutz durchsetzen.

Wir haben darüber hinaus einiges EU-weit bereits erreicht. Hier sind sicher an erster Stelle unsere Erfolge bei der Regelung der Schlachtiertransporte zu nennen. Nach langen und sehr zähen Verhandlungen im Juni dieses Jahres konnten wir endlich einen Durchbruch für eine europäische Lösung erreichen. Sicher hätte ich mir – wie viele andere auch – weitergehende Lösungen gewünscht, mehr war aber im Augenblick nicht erreichbar. Trotzdem ist es ein Durchbruch beim Tierschutz auf der europäischen Ebene.

Ohne diese Regelung hätte es auf der eu-

ropäischen Ebene keine praktikablen und einheitlichen Tiertransportbestimmungen, also keinen praktikablen Mindestschutz bei Pferden, Rindern oder Schweinen, gegeben. Mit der neuen Transportzeitregelung ist innerhalb der Europäischen Union der Tiertransport auf Straße, Schiene und auf dem Seeweg grundsätzlich auf 8 Stunden beschränkt. Anschließend müssen die Tiere entladen, gefüttert und getränkt werden, und eine Fortsetzung ist erst nach einer Ruhepause von mindestens 24 Stunden zulässig.

Nur in besonders gut ausgestatteten Spezialfahrzeugen ist eine Beförderung auch über einen längeren Zeitraum möglich. Damit haben wir auf der europäischen Ebene eine Lösung erreicht, an die noch vor Monaten niemand geglaubt hat.

Wir wollen aber den Tierschutz nicht nur auf der europäischen Ebene, sondern auch auf der nationalen Ebene weiter verbessern. Dies wird sicher in der Novellierung des Tierschutzgesetzes erreicht. Wir wollen im Tierschutz unsere Vorreiterrolle auch in Zukunft wahrnehmen.

Bei Schlachtiertransporten bedeutet dies: Für innerdeutsche Schlachtiertransporte werde ich den im europäischen Recht eingeräumten Ermächtigungsfreiraum ausschöpfen und Schlachtiertransporte in Normalfahrzeugen auf acht Stunden begrenzen. Sie können dann nach einer wie lange auch immer währenden Ruhepause in Normalfahrzeugen nicht fortgesetzt werden.

Tierschutzgesetz verbessern

Das zweite wichtige Anliegen ist die Novellierung des Tierschutzgesetzes. Dabei geht es unter anderem darum, eine wesentliche Ausdehnung des Personenkreises vorzunehmen, der bei beruflichem Umgang mit Tieren Sachkunde nachweisen muß, und um eine restriktivere Fassung

der Vorschriften über Eingriff und Behandlung von Tieren. Es ist selbstverständlich, daß wir bei der Neufassung des Tierschutzgesetzes wesentliche Fortschritte im Tierschutz erreichen wollen, daß wir nicht hinter geltendes Recht zurückgehen, sondern auf dem begonnenen Weg konsequent weiter fortschreiten wollen.

Tierschutz ist aber nicht nur eine Sache des Gesetzgebers. Um ein hohes Schutzniveau zu sichern, brauchen wir die Anstrengung aller Beteiligten, brauchen wir eine öffentliche Diskussion über Mißstände bei der Haltung von Tieren, und jeder einzelne kann hier durch verantwortungsvolles Handeln etwas zum Wohl der Tiere tun.

So bemüht sich die Landwirtschaft mit tierschutzgerechten Haltungsbedingungen, die Zucht- und Nutztiere vor vermeidbaren Schmerzen und Schäden zu bewahren.

Wichtiges Kaufargument

Mehr und mehr wird die tierschutzgerechte Haltung aber auch zu einem entscheidenden Kaufargument. Die Verbraucher wollen eben heute nicht nur hochwertiges, gesundes und schmackhaftes Fleisch, sie wollen auch wissen, woher das Fleisch kommt und wie Tiere gehalten und behandelt worden sind. Es ist gut, daß die Landwirtschaft diese Herausforderung offensiv annimmt.

Alles in allem bleibt für den Tierschutz in Deutschland festzuhalten: Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU/CSU hat sich im Tierschutz in Deutschland viel getan. Wir dürfen und wollen uns aber nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen. Tierschutz ist eine Aufgabe für uns alle, und die CDU-Aktion Tierschutz ist daher ein weiterer Mosaikstein im Engagement für mehr Tierschutz und für den verantwortungsvollen Umgang mit den uns anvertrauten Mitgeschöpfen. ■

Mehr Mut zur Partnerschaft!

Die Union hat viele gute Frauen, hat viele starke Frauen in Führungspositionen. Und was noch wichtiger ist: Überzeugende Frauen sind auf dem Vormarsch in der Union. Anders wären etwa die Wahlerfolge von Petra Rössler in Frankfurt, Otti Geschka in Rüsselsheim, von Margret Härtel in Hanau oder Gudrun Heute-Blum in Lörrach nicht zu erklären.

Dennoch: in einer Gesellschaft, in der sich das Selbstverständnis der Frauen gewandelt hat, in der Frauen auf immer mehr

Kandidatenaufstellungen wird es mehr Diskussionen geben, die Suche nach geeigneten Frauen und Männern wird intensiver, und sie werden außerdem dadurch ermutigt, sich zur Wahl zu stellen.

Auf einem guten Weg

Wenn wir so überall in unserer Partei Mentalitäten verändern, dann haben wir unsere CDU auf einen guten Weg gebracht. Deshalb unterstütze ich den vom Bundesvorstand vorgelegten Vorschlag.



Wolfgang Schäuble zum Frauen-Quorum:

Deshalb unterstütze ich den Bundesvorstand!

Feldern Führungspositionen übernehmen, ist der Frauenanteil der Union zu gering.

Wir haben 10 Jahre versucht, beginnend mit den Essener Leitsätzen 1985, den Anteil von Frauen in Führungspositionen der Partei und auf Kandidatenlisten zu erhöhen. Der Erfolg ist mäßig.

Ein richtiger Vorschlag

Man kann darüber streiten, ob man dem Mißstand mit verpflichtenden Regelungen beikommen soll, ob dies dem Selbstverständnis der Union entspricht. Der jetzt vorliegende Vorschlag einer auf 5 Jahre beschränkten Satzungsänderung, die nicht die Wahlfreiheit beseitigt, aber eine Pflicht einführt, bei Wahlvorschlägen qualifizierte Frauen und Männer zu suchen, scheint mir richtig. Ich verspreche mir von ihm – und schon von der Debatte über diese Fragen – eine Meinungs- und Klimaänderung. Bei

Die CDU hat sich zum Ziel gesetzt, auch in der Parteiarbeit die Gleichstellung von Männern und Frauen durchzusetzen. Wir wollen deshalb, daß erheblich mehr Frauen als bisher die Möglichkeit erhalten, Verantwortung zu übernehmen. Unsere Politik gewinnt an Vielfalt und Überzeugungskraft, wenn sie von den Lebenserfahrungen und Perspektiven der Frauen ebenso geprägt ist wie von den Sichtweisen der Männer. Durch die Einführung eines Quorums wollen wir erreichen, daß die Steigerung des Frauenanteils in Vorständen und Fraktionen erheblich beschleunigt wird.

Aus den Grundsätzen für eine Reform der Parteiarbeit. Antrag des Bundesvorstandes der CDU an den 7. Parteitag

Viele reden davon, wenige wissen, was wirklich gemeint ist. Der Duden sagt, es sei die zur Gültigkeit eines Stimmzettels erforderliche Zahl der abgegebenen Stimmen. Die CDU kennt das Quorum schon lange.

Quorum gilt schon jetzt für Vorstandswahlen

Machen wir es konkret: Für die **Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden** besagt

Was ist eigentlich ein Quorum?

die Satzung, daß Stimmzettel, auf denen nicht mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten (= Quorum von 50 Prozent) angekreuzt ist, ungültig sind.

Also:

- Sind vier Stellvertreter zu wählen, müssen mindestens zwei Kreuze gemacht werden.
- Sind sieben Stellvertreter zu wählen, müssen bei einem Quorum von 50 Prozent mindestens 3,5 (= 4) Stimmen abgegeben werden, damit der Stimmzettel gültig ist.

Bei der **Wahl der weiteren Bundesvorstandsmitglieder** gilt ein Quorum von drei Viertel (= Quorum von 75 Prozent). Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind also ungültig.

Beispiel:

Sind 12 Beisitzer zu wählen, müssen mindestens 9 Kreuze gemacht werden.

Quorum von einem Drittel soll Frauen mehr Chancen einräumen

Diese gängige Praxis bei Parteiwahlen will sich die CDU jetzt zunutze machen, um mehr Frauen für Ämter und Mandate zu gewinnen.

Zukünftig sollen Stimmzettel nur gültig sein, wenn mindestens ein Drittel der abzugebenden Stimmen auf Frauen entfallen (**Frauen-Quorum: ein Drittel**).

Beispiel:

Sind bei der Wahl von **stellvertretenden Vorsitzenden** 4 Personen zu wählen, gilt ein allgemeines Quorum von 50 Prozent und ein Frauenquorum von einem Drittel. Zwei Namen müssen also aufgrund des allgemeinen Quorums angekreuzt werden. Davon wiederum muß eine Stimme auf eine Frau entfallen (ein Drittel von 2 = 0,66 aufgerundet = 1). Sollte jedoch nur eine Frau kandidieren, ist – um das Auswahlprinzip zu gewährleisten – der Stimmzettel auch dann gültig, wenn die eine Frau nicht gewählt wird.

Bei **Beisitzerwahlen** gilt das folgende:

Sind z. B. 12 Beisitzer zu wählen, so ist der Stimmzettel gültig, wenn:

- mindestens drei Viertel der zu Wählenden angekreuzt sind (allgemeines Quorum von 75 Prozent). In unserem Beispiel sind das 9 Personen.
- Von diesen neun muß mindestens ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf Frauen entfallen (Frauen-Quorum von einem Drittel). Für den von uns angenommenen Fall von 12 Beisitzern bedeutet dies, daß 3 Frauen gewählt werden müssen.

Frauenbeteiligung lohnt sich

Mit 51,9 Prozent der Stimmen ist Petra Roth am 25. Juni 1995 bereits im ersten Wahlgang zur Frankfurter Oberbürgermeisterin gewählt worden. Schon zum dritten Mal binnen kurzer Zeit hatte der Kanzler Gelegenheit, einer

Beispiel: Hessen

CDU-Oberbürgermeisterin in Hessen zu einem Überraschungserfolg bei der Direktwahl zu gratulieren.

In der 85 000 Einwohner zählenden Stadt Hanau hatte gut ein Jahr zuvor Margret Härtel die Stichwahl in der jahrzehntelangen SPD-Hochburg mit 50,9 Prozent der Stimmen gewonnen. Im Rüsselsheimer Rathaus amtiert mit der CDU-Politikerin Otti Geschka seit Anfang 1994 die erste Oberbürgermeisterin in Hessen überhaupt. Sie erhielt sensationelle 53,3 Prozent der Stimmen.

„Der Zeitgeist animiert dazu, es mit einer Frau zu versuchen.“
(Otti Geschka)

Otti Geschka und Margret Härtel räumen einen Frauen-Bonus bei der Direktwahl ein, aber „ohne Kompetenz geht nichts“. Margret Härtel meint: „Frauen mit Mut und Engagement werden geschätzt, Frauen wählen überdies immer stärker Frauen.“ CDU-Frauen sollten den Mut haben, wichtige Ämter anzupeilen.



Großartiger Erfolg für Petra Roth: CDU gegen Rot-Grün mehrheitsfähig.

Foto: dpa

Generalsekretär Peter Hintze:

Die Chancen für einen Erfolg des Frauen-Quorums sind gestiegen

Zur Parteireform, die wir nach intensiver Diskussion am 28. August im Bundesvorstand beschlossen haben, ist nachzutragen, daß die beiden größten CDU-Verbände, der Landesverband Nordrhein-Westfalen und der Landesverband Niedersachsen, in ihren Landesvorständen beschlossen haben, den Antrag zur Parteireform zu unterstützen.

Damit sind die Chancen für einen Erfolg des Frauen-Quorums nachdrücklich gestiegen. Ich werde am Mitt-

woch, den 13. September, mit den Vorsitzenden der CDU-Landesverbände aus den neuen Ländern zu einem kleinen CDU-Ost-Gipfel im Berliner Rathaus zusammenkommen. Die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, wird ebenfalls daran teilnehmen; wir werden mit den Vertretern aus den neuen Ländern über die Fragen der Parteireform intensiv sprechen – mit einem – wie ich hoffe – positiven Ausgang. Eberhard Diepgen wird bei diesem Ost-Gipfel über die Situation im Berliner Wahlkampf berichten.

Frauenanteil an den kommunalen Fraktionsvorsitzenden im Verhältnis zum Frauenanteil an der CDU-Mitgliedschaft (Stand 1994)

	Frauenanteil an der Mitgliedschaft 1994 (in Prozent)	Frauenanteil an den komm. Fraktionsvors. Juli 1994 %	abs.
Baden-Württemberg	19	3,3	19
Berlin	32	0	0
Brandenburg	32,9	13,2	7
Bremen	36,4	13,0	3
Hamburg	41,9	0	0
Hessen	24,1	5,8	24
Mecklenburg-Vorpommern	40,5	11,1	2
Niedersachsen	21,7	4,8	44
Nordrhein-Westfalen	25,2	3,6	21
Rheinland-Pfalz	20,2	4,3	24
Saarland	25,3	6,1	3
Sachsen	34,3	11,7	13
Sachsen-Anhalt	38,6	17,9	95
Schleswig-Holstein	22,5	5,8	28
Thüringen	33,4	2,3	42

(Tabelle: CDU-Bundesgeschäftsstelle)

Frauenförderung jetzt konsequent umsetzen

Es ist notwendig, die Frauenfrage nicht auf Dauer auf eine reine Quotendiskussion zu reduzieren.

Viele, Frauen und Männer gleichermaßen, reduzieren konsequente Frauenbeteiligung oft auf diesen Punkt. Auch ich halte sie momentan (leider) für notwendig, da trotz aller Beschlüsse und Anregungen der Frauenanteil in der Jungen Union und in der CDU nicht gesteigert werden konnte.

Es ist also an der Zeit, endlich nicht mehr nur Lippenbekenntnisse zur Frauenförderung zu geben, sondern diese auch konsequent umzusetzen.

Hildegard Müller (28), Mitglied des Bundesvorstands der Jungen Union

Die militärische Reaktion war überfällig

Zu den Angriffen der Vereinten Nationen und der NATO gegen Stellungen der bosnischen Serben erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Die militärische Reaktion gegen die Urheber des erneuten Massakers von Sarajevo war überfällig. UNO und NATO konnten nicht länger hinnehmen, daß trotz ihrer intensiven Friedensbemühungen weiterhin unschuldige Zivilisten wahllos einem blindwütigen Terror – vor allem in Sarajevo – zum Opfer fielen. Die Angriffe waren dringend notwendig, um die Glaubwürdigkeit der internationalen Völkergemeinschaft zu bewahren. Bereits mit der Entsendung der schnellen Eingreiftruppe haben die Vereinten Nationen ein deutliches Signal an alle Konfliktparteien gesetzt. Ein Signal, alles in ihren Kräften stehende

zu tun, um für die Menschen in Bosnien-Herzegowina einen stabilen Frieden und eine hoffnungsvollere Perspektive zu erreichen.

Friedenslösung anstreben

Durch die Militäraktion wird unsere grundsätzliche Linie, eine Friedenslösung durch Verhandlungen anzustreben, in positiver Weise beeinflusst. Nur so kann den bosnischen Serben die Aussichtslosigkeit weiterer militärischer Schritte verdeutlicht werden. Die politischen und ethnischen Probleme zwischen den Völkern im ehemaligen Jugoslawien sind nicht militärisch zu lösen. Auf das menschenverachtende Attentat gegen unschuldige Zivilisten in Sarajevo konnte es jedoch keine andere Antwort geben als diese massive Reaktion. Sie ist als Mittel der Politik angemessen und moralisch vertretbar.

Generalsekretär Peter Hintze zur Situation in Bosnien:

Dem schrecklichen Leiden der Menschen konnte nicht länger tatenlos zugesehen werden

Der Einsatz der NATO ist richtig und notwendig. Der gezielte serbische Terror gegen die Zivilbevölkerung in Sarajevo, gegen unschuldige Frauen, Männer und Kinder erfährt damit eine angemessene Antwort. Dem schrecklichen Leiden der Menschen konnte nicht länger tatenlos zugesehen werden. UNO und NATO haben ihre Ent-

schlossenheit demonstriert, den Schutzauftrag für die betroffenen Menschen in Sarajevo durchzusetzen. Dies unmißverständlich deutlich zu machen, war überfällig. Ich hoffe sehr, daß die entschiedene Haltung der NATO dazu beiträgt, doch noch zu einer Friedenslösung zu kommen. Dies muß vor Einsetzen des Winters erreicht werden.

Stichtagsregelung für den Kindergartenbesuch ist keine Dauerlösung

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz soll grundsätzlich für Kinder ab drei Jahren gelten. In ihrer Stellungnahme zu einer Gesetzesinitiative des Bundesrates, die das Bundeskabinett am 1. September verabschiedet hat, weist die Bundesregierung Vorschläge der Länder zurück, nach denen der ab 1. Januar 1996 geltende Rechtsanspruch in einigen Punkten zurückgenommen werden soll.

Stichtagsregelungen und die Anerkennung von Angeboten wie Vorklassen und Tagespflegestellen als Ersatz für Kindergartenplätze würde die Bundesregierung allenfalls als befristete Übergangsregelungen der Länder akzeptieren.

Die von den Ländern geforderte Stichtagsregelung als Dauerlösung lehnt die Bundesregierung ab, da eine solche Regelung zu erheblichen Lücken bei der Kinderbetreuung führen würde. Nach dem Ländervorschlag hätten nur diejenigen Kinder einen Rechtsanspruch auf Aufnahme in den Kindergarten, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt des Jahres (31. Juli) das dritte Lebensjahr vollendet haben. Lediglich in den Ländern, in denen noch Engpässe bei den Kindergartenplätzen bestehen, hält die Bundesregierung eine Stichtagsregelung zur Überbrückung der Schwierigkeiten für vertretbar. Solche Übergangsregelungen einzelner Bundesländer sollten bis zum Jahr 1999 befristet sein.

Keine Zustimmung findet die Forderung des Bundesrats, den Ländern dauerhaft die Möglichkeit einzuräumen, durch „gleichwertige Angebote“ wie Vorklassen und Tagespflegestellen den Rechtsanspruch zu erfüllen. Da der Bundesrat in seinem Gesetzentwurf keinerlei Kriterien für die „Gleichwertigkeit“ dieser Angebote fest-

gelegt hat, besteht die Gefahr, daß keine einheitlichen Betreuungsstandards in den Bundesländern gewährleistet sind. Auch in diesem Punkt ist die Bundesregierung aber bereit, eine Übergangsregelung bis 1999 mitzutragen.

Eine Verlängerung des Erziehungsurlaubs bis zum nächsten geplanten Aufnahmeterrain in den Kindergarten, wie sie in der Bundesratsinitiative vorgeschlagen wird, lehnt die Bundesregierung ab. Für Eltern, die zu einem früheren Zeitpunkt wieder erwerbstätig sein wollen, kann eine solche Regelung die Betreuungslücke nicht

Es bleibt dabei: Kinderbetreuung ab 1996!

schließen. Außerdem könnte die Ausdehnung des Erziehungsurlaubs auf bis zu vier Jahre ein Arbeitsmarktrisiko für junge Eltern, insbesondere für junge Frauen, nach sich ziehen. Schließlich würde eine solche Verlängerung des Erziehungsurlaubs mit Rücksicht auf die Dispositionsmöglichkeiten der Arbeitgeber erst für künftig geborene Kinder greifen können und damit frühestens 1999 wirksam werden.

Bundesministerin Claudia Nolte appellierte anlässlich der Verabschiedung der Stellungnahme erneut an die Länder und Kommunen, ihrer Verantwortung bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz nachzukommen. Claudia Nolte: „Länder und Kommunen sind den Familien gegenüber in der Pflicht. Es muß dabei bleiben, daß sie jede Anstrengung unternehmen, um die Kinderbetreuung ab 1996 umfassend zu sichern.“ ■

Kabinett beschließt Sonderprogramm:

Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern

Auch in diesem Jahr wird wieder jeder Jugendliche, der ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, eine Lehrstelle bekommen können. Die Trendwende am Ausbildungsmarkt hat begonnen. In den alten Bundesländern ist der Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes in den letzten Jahren in 1995 gestoppt worden.

Für die neuen Länder haben Industrie und Handel überproportionale Zuwächse bei den neuen Ausbildungsverträgen gemeldet. Zwischen März und Juli sind in Deutschland insgesamt 76.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen worden, davon 50.000 im Westen und 26.000 im Osten. Das ist ein um etwa 15.500 Stellen höherer Zuwachs als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Wirtschaft hat im Frühjahr zugesagt, in den nächsten beiden Jahren das betriebliche Ausbildungsplatzangebot in ganz Deutschland insgesamt um 10 Prozent zu erhöhen, mit überproportionaler Steigerung in den neuen Ländern. Dabei wurde für 1995 von 600.000 Ausbildungsplätzen ausgegangen. Für eine abschließende Bilanz ist es noch zu früh. Aber es gibt eine gute Chance, dieses Ziel zu erreichen.

Die Bilanz im Westen wird in jedem Fall ausgeglichen sein. Ende Juli 1995 standen rund 110.000 Bewerbern, die bislang noch nicht vermittelt waren, rund 118.000 noch nicht besetzte Stellen gegenüber. Es gibt allerdings regionale Unterschiede. In gut 90 Arbeitsamtsbezirken übersteigt das Angebot die Nachfrage. In 53 Arbeitsamtsbezirken muß die Wirtschaft noch nachlegen. Den Jugendlichen, die noch keinen

Ausbildungsplatz gefunden haben, ist zu raten, sich auch über das auswärtige Angebot zu informieren und sich nicht auf einen Traumberuf festzulegen. Wer Flexibilität und Mobilität zeigt, verbessert seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz erheblich.

Von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers

Diese Mobilität wird von der Bundesregierung weiter gefördert. Bei notwendiger auswärtiger Unterbringung wird Auszubildenden mit der Berufsausbildungsbeihilfe nach § 40 AFG ein Mindesteinkommen von 755 DM (unter 21 Jahre) bzw. 795 DM (verheiratet oder über 21 Jahre) zusätzlich 75 DM Mietkostenzuschuß garantiert (Elternbeiträge und eigenes Einkommen werden angerechnet). Familienheimfahrten, Arbeitskleidung etc. werden zusätzlich gefördert. Für Jugendliche aus Regionen mit besonderem Ausbildungsplatz-Defizit gelten erhöhte Freibeträge für die Anrechnung von Eltern-Einkommen.

Trotz aller Anstrengungen ist davon auszugehen, daß die in 1995 angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze in den neuen Ländern nicht ausreichen werden. Dies gilt besonders in strukturschwächeren Regionen. Die Angebotslücke wird in den neuen Ländern auf bis zu 14.500 Ausbildungsplätze geschätzt. Deshalb hat das Bundeskabinett beschlossen:

1. Es wird gemeinsam mit den neuen Ländern ein zusätzliches Angebot von bis

Borchert zieht positive Bilanz der Agrarpolitik nach der Wende

Landwirtschaftsminister Jochen Borchert hat eine positive Bilanz der vergangenen fünf Jahre gesamtdeutscher Agrarpolitik gezogen: „Die schwierigste Strecke ist zurückgelegt.“ Die deutsche Agrarwirtschaft sei für den härter werdenden Wettbewerb gerüstet.

Nach Angaben des Ministers hat die Bundesregierung für den Aufbau der ostdeutschen Agrarwirtschaft seit 1990 rund 17,2 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Als Ergebnis habe sich die Arbeitsproduktivität der Betriebe in den neuen Ländern dynamisch entwickelt und inzwischen West-Niveau erreicht.

Mit dem begünstigten Erwerb von Treuhandflächen auf der Basis des Entschädigungs- und Ausgleichslei-

stungsgesetzes gehe es nun in die zweite Phase der Privatisierung, sagte Borchert. In der ersten Phase waren die landwirtschaftlichen Treuhandflächen langfristig verpachtet worden. Ziel ist es, daß die Betriebe jetzt die Agrarflächen kaufen und damit ihre Existenz stabilisieren.

Borchert räumte Probleme der ostdeutschen Landwirtschaft bei Vermögensfragen, Altschulden, dem Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz und bei Arbeitsplätzen ein. Dennoch sei Zuversicht gerechtfertigt, denn aus dem Strukturfonds der Europäischen Union fließen mit Unterstützung von Bund, Ländern und Gemeinden Aufbauhilfen in Höhe von 26 Milliarden DM (1994 bis 1999) in ostdeutsche Landwirtschaft.

zu 14.500 außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen geschaffen. Damit ist gesichert, daß jeder Bewerberin und jedem Bewerber ein Angebot gemacht werden kann. Für diese Gemeinschaftsinitiative sind insgesamt rund 857 Mio. DM vorgesehen. Bund und Länder werden jeweils zur Hälfte die Finanzierung des Programms übernehmen. Die Plätze werden in den einzelnen Ländern, orientiert an dem von den Landesregierungen angemeldeten Bedarf, angeboten. Das Sonderprogramm wird von der Bundesanstalt für Arbeit und vor Ort von den Arbeitsämtern durchgeführt.

Bundesressorts, der Länder und Verbände umgehend Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes in Deutschland zu erarbeiten. Dies gilt wegen der strukturellen Probleme vor allem für die neuen Bundesländer. Wir wollen den Ausgleich am Ausbildungsstellenmarkt möglichst ohne staatliche Hilfe sichern.

Es muß vermieden werden, daß die Verantwortung der Wirtschaft für die Berufsausbildung durch staatliche Finanzierung ausgefüllt wird. In diesem Zusammenhang werde ich auch alle Vorschriften auf den Prüfstand stellen, die ausbildungshemmende Wirkungen haben können.

Die Bundesregierung wird ihre Politik konsequenter Reformen der beruflichen Bildung fortsetzen. ■

2. Das Bundeskabinett hat mich beauftragt, unter Einbeziehung der beteiligten

3.000 Spätaussiedler weniger

Vom 1. bis zum 31. August 1995 wurden 18.197 deutsche Spätaussiedler in der Bundesrepublik Deutschland registriert. Im gleichen Monat des Jahres 1994 waren es 18.099 und 1993 18.227 Personen.

Im Juli 1995 kamen 20.173 Spätaussiedler. In den ersten acht Monaten 1995 kamen 3.067 weniger Spätaussiedler als im Vergleichszeitraum 1994.

Dazu erklärte **Horst Waffenschmidt**, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

In den aktuellen Aussiedlerzahlen kommt die Beruhigung zum Ausdruck, die der Zuzug von Aussiedlern in den letzten Jahren erfahren hat. Die Deutschen in Osteuropa haben Vertrauen in das bewährte Aufnahmeverfahren, das ihnen die Möglichkeit bietet, in Ruhe

zu entscheiden, wo sie leben wollen. Bemerkenswert ist, daß ca. 70.000 Deutsche in Osteuropa bereits seit längerer Zeit einen Aufnahmebescheid für Deutschland besitzen, ihn aber bisher nicht nutzen, weil sie die Entwicklung in ihren heutigen Siedlungsgebieten in Osteuropa abwarten wollen. Viele genehmigte Aufnahmeanträge führen nicht alsbald zur Aussiedlung, sondern sind ein „Sicherheitspapier“ für die Antragsteller.

Doppelstrategie bewährt sich

Die Doppelstrategie der deutschen Aussiedlerpolitik bewährt sich weiter: Sorgfältiges Aufnahmeverfahren in Deutschland für eine jährlich begrenzte Zahl von Spätaussiedlern und Hilfen für die heutigen Siedlungsschwerpunkte der 4 Mio. Deutschen in Osteuropa.

Weniger Verkehrstote auf deutschen Straßen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), erklärte zur Unfallbilanz des 1. Halbjahres 1995:

Die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr sank im 1. Halbjahr 1995 in Deutschland um 1,9 Prozent auf 4.433 gegenüber dem ersten Halbjahr 1994. Im früheren Bundesgebiet verringerte sich die Zahl der Verkehrstoten um 1,6 Prozent auf 3.109 und in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost um 2,7 auf 1.324.

Leider betrifft diese an sich erfreuliche Statistik nicht auf alle Länder gleicher-

maßen zu. Setzt man die Zahl der Verkehrstoten zu der der Einwohner in Beziehung, zeigt sich, daß in den neuen Bundesländern mit 85 Getöteten je 1 Mill. Einwohner noch immer deutlich mehr Personen im Straßenverkehr ums Leben kamen als im früheren Bundesgebiet mit 47 Getöteten je 1 Mill. Einwohner. Am höchsten war diese Relation in den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit 132 bzw. 131 Getöteten je 1 Mill. Einwohner.

Auch die Zahl der Verletzten sank im 1. Halbjahr 1995 in Deutschland um 0,7 Prozent.

Niedersachsen hat es nicht verdient, so schlecht regiert zu werden

Brutale Gewalt mit zum Teil schweren Verletzungsfolgen für 179 Polizeibeamtinnen und -beamte, Straßenterror, Plünderungen und Brandstiftungen mit Schäden in Millionenhöhe sind die Schreckensbilanz des Chaoswochenendes vom 4. bis 6. August 1995 in Hannover. Der Rechtsstaat hat beim Chaoswochenende vor der Gewalt der Straße kapituliert.

Wir weigern uns zuzulassen, daß der Rechtsstaat die weiße Fahne hißt!

Die Folgen sind deprimierend:

- Der Vertrauensverlust von Bürgern in den Staat erscheint nahezu irreparabel.
- Das Vertrauen der Polizeibeamtinnen und -beamten in die Erfüllung der Fürsorgepflicht ihres Dienstherrn ist zerstört.
- Das internationale Ansehen der Landeshauptstadt Hannover, die die Expo 2000 ausrichten will, hat durch die verheerenden Bilder des Chaoswochenendes, die um die Welt gingen, schwer gelitten.

Lassen Sie mich zunächst eines mit aller Deutlichkeit feststellen: Wir danken ausdrücklich all denjenigen Polizeibeamtinnen und -beamten, die an diesem Wochenende alles getan haben, was in ihren Kräften stand. Diese Beamten mußten Leib und Leben riskieren in dem Bewußtsein, von ihrer politischen Führung verheizt zu werden. Balkenüberschrift der Hannoverschen Neuen Presse zur Lage der Polizeibeamtinnen und -beamten: „Erschöpft, gedemütigt, verheizt!“

Spätestens nach der Straßenterrornacht vom 3. zum 4. August 1995 mußten Sie, Herr Glogowski, erkannt haben, daß dem Innenministerium eine verhängnisvolle Fehleinschätzung unterlaufen war. Späte-

stens jetzt hätte schon mit der Anforderung weiterer Polizeikräfte, die sogar aus Bonn vom BGS angeboten worden waren, aber auch aus anderen Bundesländern, reagiert werden müssen. Auch dies ist nicht geschehen.

Sie selbst mußten inzwischen einräumen, Herr Glogowski, daß der planlose Einsatz ohne ausreichende personelle Stärke Randalierern rechtsfreie Räume geöffnet hat bis hin zu Plünderungen!

Nach einer früheren gewaltsamen Demonstration schrieb die autonome Antifa: „Ge-

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Christian Wulff, zu deren Antrag „Der Innenminister als Sicherheitsrisiko – politische Verantwortung für Chaos, Gewalt und die Kapitulation des Rechtsstaates vor dem Straßenterror in der Landeshauptstadt Hannover“ am 25. August

rade dadurch, daß eine militante Demo möglich war, ist Power bei uns rumgekommen.“

Ich stelle fest: Auch hierfür tragen nicht die alleingelassenen Polizeibeamten vor Ort die Verantwortung, hierfür tragen Sie, Herr Innenminister, die Verantwortung.

Unzulänglichkeiten bei der Schutzbekleidung der Polizeibeamtinnen und -beamten mußte der Innenminister ebenfalls einräumen. Die Schutzkleidung und Ausrüstung der Polizisten war in der Tat so mangelhaft, daß Polizeikräfte anderer Bundesländer mit völligem Unverständnis reagiert haben.

Sie haben die Polizisten in einen Einsatz geschickt, ohne ihnen dafür den zwingend notwendigen passiven Schutz zu geben. Sie, Herr Innenminister Glogowski, sind auch dafür verantwortlich, daß es keine weitergehenden Schutzmöglichkeiten zwischen dem Pistoleneinsatz und der Passivität gibt. Wirkungsvolle Distanzwaffen werden seit Jahren von dieser Landesregierung abgelehnt. Sie haben doch die Beimischung von Reizgasen in Wasserwerfer verhindert; Sie haben doch Distanzwaffen wie Hartgummigeschosse verpönt.

Verfehlte Polizeireform

Ich stelle fest: Auch dies ist nicht den einzelnen Polizisten anzulasten, für den unzureichenden Etat tragen Sie, Herr Innenminister, die Verantwortung.

Durch die verfehlte Polizeireform ist die Bereitschaftspolizei derartig reduziert und auf die Fläche verteilt worden, daß sie zu effektiven Einsätzen nicht mehr in der Lage ist. Die Chaostage von Hannover waren auch Chaostage der Polizeiorganisation.

In Niedersachsen muß die öffentliche Ordnung wieder Schutzgut sein. Das Polizeigesetz muß wieder zu einem Gesetz für Sicherheit und Ordnung werden.

Wir wollen, daß der Einsatz verdeckter Ermittler im Bereich der Gefahrenabwehr möglich wird, und wir wollen natürlich auch einen längeren Unterbindungsgewahrsam, mit dem am Chaoswochenende ganz anders hätte reagiert werden können. Denken Sie an die jüngsten Vorgänge in Sachsen anlässlich des Rechtsradikalentreffens, denken Sie an Bayern, wo schon fünfzig Mal hiervon mit großer Wirkung Gebrauch gemacht worden ist, von der general-präventiven Funktion einmal ganz abgesehen.

Nicht weniger erschütternd als die Vorgänge am Chaoswochenende selbst sind die

Reaktionen der Landesregierung danach. Unbeirrt bleibt der Innenminister an seinem Sessel kleben. Unbeirrt sichert ihm der Ministerpräsident sein Vertrauen zu. Dafür hören wir gebetsmühlenartig: „Die Vorgänge beim Chaoswochenende in Hannover dürfen sich niemals wiederholen.“ Diese Worte haben die Bürger der Stadt und des Landes auch in den vergangenen Jahren immer wieder gehört, ohne daß die Landesregierung auch nur ansatzweise Konsequenzen gezogen und Vorkehrungen getroffen hätte. Von solchen Sprüchen haben die Menschen die Nase voll.

Den professionellen Gewalttätern, die hier in Hannover gehaust haben, geht es nur darum, den demokratischen Rechtsstaat zu demontieren. Sie haben Hannover zu ihrem Schlachtfeld gegen den demokratischen Rechtsstaat, gegen die Bundesrepublik Deutschland, eigentlich gegen uns alle gemacht.

Wer Steine wirft, ist schuldig. Wer dem Steinewerfer nicht in den Arm fällt, ist mitschuldig. Diese Wahrheit will ich niemandem ersparen.

Wirksam bestrafen

Straßenterror wie am Chaoswochenende in Hannover kann letztlich nur wirksam bekämpft werden, wenn auch die Zusammenarbeit mit der Justiz gesichert ist. Die wirksamste Strafe ist immer noch diejenige, die der Tat auf dem Fuß folgt.

Möglichkeiten hierzu bietet der § 212 Strafprozeßordnung. Seit Jahren haben wir Sie, Frau Justizministerin Alm-Merk, nachdrücklich aufgefordert, Ihre Staatsanwaltschaften anzuweisen, von den Möglichkeiten des beschleunigten Strafverfahrens Gebrauch zu machen. Sie haben diese Aufforderungen zurückgewiesen.

Und auf Bundesebene haben Sie, Frau Alm-Merk, dafür gesorgt, daß die Niedersächsische Landesregierung gegen jedes

Gesetz gestimmt hat, das die Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung verbessern sollte, von der Hauptverhandlungshaft bis zum verdeckten Ermittler.

Herr Schröder, die Situation der inneren Sicherheit in unserem Land hat sich dramatisch verschlechtert.

Wo war Herr Schröder?

Wo waren Sie eigentlich vor und während des Chaoswochenendes? Ebenfalls abgetaucht! Haben Sie sich ein einziges Mal im Vorfeld informieren lassen, wie Ihr Innenminister die Lage bewältigen wollte?

Nur klägliche und erschreckende Äußerungen haben wir von Ihnen gehört:

Die erste: „Offenbar war man von der Gewalttätigkeit überrascht.“ Wo ist denn hier der „Ich-bin-ich-Schröder“ geblieben?

Nein, auf einmal war „man“ überrascht, so, als hätten Sie mit der ganzen Sache überhaupt nicht das geringste zu tun.

Am Tag darauf haben Sie Ihren Populismus wiedergefunden. „Das nächste Mal wird man ihnen das Fell versohlen“, hörten wir aus Ihrem Munde. Halten Sie es angesichts von Terror, Plünderung, Brandstiftung, Landfriedensbruch, Gewalt bis hin zu Totschlagsversuchen durch Angriffe auf Polizisten mit kiloschweren Pflastersteinen wirklich für angemessen, derart den Maulhelden zu spielen und mit derartigen Plattheiten die Lufthoheit über den Stammtischen zu erobern, statt vernünftige Lösungskonzepte zu bieten?

Unser Land hat es nicht verdient, so schlecht regiert zu werden! Sie bringen unser Land in Verruf. Die Landesregierung hat weitgehend resigniert vor wachsenden Gewaltpotentialen. Das ist das eigentlich Erschütternde an den hannoverschen Chaostagen. Ab einem bestimmten Gewaltpotential ordnen Sie den Rückzug des Rechtsstaats an. ■

SPD im rot-grünen Richtungstreit

Zum gegenwärtigen Zustand seiner Partei erklärte der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in einem Interview mit der „WirtschaftsWoche“:

„Wer in der SPD derzeit an der Spitze bleiben will, muß wohl Rot-Grün favorisieren. Das spricht leider gegen die SPD, weil eine rot-grüne Koalition in der heutigen Lage Deutschlands kein zukunftsträchtiges Bündnis sein kann. Wir haben andere Sorgen als die, die bei Rot-Grün im Vordergrund stehen (...). Die Partei geht immer noch davon aus, daß wir uns in einer Epoche der Entwicklung des Sozialstaates befinden. Das ist ein Fehler.“

Die Hauptkritik des früheren SPD-Bürgermeisters richtet sich auf die Wirtschaftspolitik einer „rot-grünen Allianz“. Für ihn ist Rot-Grün „im Kern eine wirtschaftsfeindliche Koalition“. „Die SPD ... liebt die Soziologen, toleriert die Volkswirte und haßt die Betriebswirte. Wer so denkt, scheitert auch bei der Verteidigung des Sozialstaats.“

Als eine Hauptursache dieses Dilemmas der SPD sieht von Dohnanyi die Wirklichkeitsferne der führenden Sozialdemokraten: Anstatt sich den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen, schleppe die SPD „auf Parteitag lauter altes Gepäck“ mit sich herum, so von Dohnanyi. (WirtschaftsWoche, 10. 8. 1995)

Wie hatte Hans-Ulrich Klose, Scharpings Vorgänger als SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, schon vor Wochen gefordert: „Die Sozialdemokraten sollten sich schleunigst daran machen, ihre eigenen Defizite zu benennen und abzubauen.“ (Der Spiegel, 19. 6. 1995) – Doch noch ist bei der SPD von einem „Mut zur Wirklichkeit“ nichts zu sehen. (ebenda) ■

SPD-Führungsstreit nimmt kein Ende

„SPD-Vorsitzender findet Personalpolitik ‚zum Kotzen‘“ (Süddeutsche Zeitung, 23. 8. 95)

Rudolf Scharping: „Die gesamte sozialdemokratische Politik erschöpft sich derzeit nur in Personalpolitik. Das ist zum Kotzen.“

„Aber wir Sozialdemokraten sind neuerdings christlicher geworden als gestern. Wo immer die CDU einen Fehler macht, machen wir zwei, damit der Abstand erhalten bleibt. Das halten wir durch.“

(Hans Koschnik, EU-Administrator von Mostar, zur derzeitigen Situation innerhalb der SPD im ARD-Morgenmagazin, 1. 9. 95)

„An die Leine“ (General-Anzeiger, 31. 8. 95)

„Wie will Scharping ein überzeugender Bundeskanzler mit Richtlinienkompetenz werden, wenn es ihm nicht einmal gelingt, die Primadonna von der Leine an die Leine zu nehmen?“

„Der Richtungsstreit in der SPD nimmt kein Ende“ (General-Anzeiger, 31. 8. 95)

„SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen reagierte verärgert auf die Äußerungen Schröders: ‚Seine Maulerei am Bundesparteitag der SPD ist nicht nur überflüssig, sondern völlig unakzeptabel‘, erklärte er in Bonn.“

„Frontalangriff Verheugens auf Schröder“ (Berliner Zeitung, 31. 8. 95)

„Neue Runde im Familienzweist der SPD“ (Tagesspiegel, 31. 8. 95)

„SPD-Streit wird zur Orientierungskrise“ (Neue Rhein-Zeitung, 31. 8. 95)

NDR-Kommentar zum SPD-Führungsstreit (1. 9. 95)

„Ohne Zweifel ist er (Scharping) ein Polit-

profi. Doch Scharping ist auch die Inkarnation einer Mischung aus deutschem Verwaltungsangestellten und Beamten. Dieser Mann ist die wandelnde Defensive. Sein Thema ist nicht die Wirtschaft, sondern die Modernisierung der Verwaltung. ... Sicher, man traut Rudolf Scharping zu, die Verwaltung zu modernisieren. Doch es mangelt ihm an Kompetenz in der Wirtschaftspolitik.“

„SPD: Der Mief kommt zurück“ (Bild am Sonntag, 3. 9. 95)

„Herbert Wehners Prognose, die SPD gerade für fünfzehn Jahre in die Opposition, war zu optimistisch. Aber selbst dieser schlaue Fuchs konnte nicht wissen, wie realitätsfern und unbeweglich seine Partei kurz vor der Jahrtausendschwelle sein würde.“

Keine Sternstunde

Nordrhein-Westfalen: „Rau gibt Schwächen in der NRW-SPD zu“ (Neue Rhein-Zeitung, 6. 9. 95)

„SPD sucht ihre alte Stärke – Landespartei verlor Bindungskraft in traditionellen Bereichen“ (Westdeutsche Allgemeine, 6. 9. 95)

Bayern: „Das Feindespaar vor der Trennung – Schmidt gegen Schmid in Bayerns SPD“ (FAZ, 6. 9. 95)

„Südliche Entschrägung“ (Berliner Zeitung, 6. 9. 95)

Niedersachsen: „Gerhard Schröder wirft der SPD Mittelmäßigkeit vor“ (General-Anzeiger, 6. 9. 95)

„SPD-Spitze ‚Kartell der Mittelmäßigkeit‘ genannt“ (FAZ, 6. 9. 95)

„Allein gegen die Mittelmäßigen – scharfe Retourkutsche Schröders gegen die SPD-Bundestagsfraktion“ (Tagesspiegel, 6. 9. 95)

Menschenrechte auch als Frauenrechte verteidigen

**Etwa 200 Delegierte aus 17 Mitglieds-
ländern nahmen teil: dazu gehörten
Teilnehmerinnen aus Westeuropa
(Österreich, der Schweiz, Deutschland,
Luxemburg, Großbritannien, Frank-
reich, Spanien, Griechenland, Malta,
Dänemark, Norwegen, Schweden, Finn-
land) und aus Mittel- und Osteuropa
(Estland, Polen, Ungarn, Slowenien).
Gäste aus den neuen demokratischen
Staaten Albanien, Litauen und Slowakei
nahmen als Beobachter teil.**

Die derzeitige Präsidentin, Angela Guil-
laume (Großbritannien), wies in ihrer
Eröffnungsrede darauf hin, daß es der
EFU seit ihrem Bestehen gelungen sei,
in vielen europäischen Gremien ihre Posi-
tion für eine stärkere Beteiligung von
Frauen in Entscheidungsprozessen und
für eine Verbesserung im Lebensalltag
der Frauen zu vertreten; es sei viel
erreicht worden, es bleibe aber auf die-
sem Feld noch viel zu tun. Marlene Lenz
als Vorsitzende der Deutschen Sektion
der EFU erinnerte in ihrer Begrüßungs-
ansprache an den Mut und das Engage-
ment der Gründerinnen der EFU – Eigen-
schaften, die europäische Frauen auch
heute wieder einsetzen können: beim Auf-
bau von Demokratien, bei der Verteidi-
gung von Menschenrechten als Frauen-
rechte.

Gastredner bei der feierlichen Eröffnung
am 25. August im Rathaus der Stadt Dres-
den war Ministerpräsident Kurt Bieden-
kopf, der über „die Stellung Deutschlands
in Europa“ sprach. Bundestagspräsidentin
und Vorsitzende der Frauen-Union der
CDU, Rita Süßmuth, setzte sich mit dem
Thema der Generalversammlung „Men-

schenrechte an der Schwelle des 21. Jahr-
hunderts – Menschenrechte sind Frauen-
rechte“ auseinander.

Vor vierzig Jahren auf der ersten General-
versammlung 1955 in Den Haag verab-
schiedete die EFU eine Schlußresolution,
in der es hieß, die EFU habe zum Ziel, in
den verschiedenen Ländern gemeinsame
Wege für die Lösung der wirtschaftlichen,
sozialen und politischen Probleme im Sin-
ne der christlichen Persönlichkeitswertung
zu finden. Ziel der Frauenorganisation war
die Überwindung der durch den 2. Welt-

21. Generalversammlung der Europäischen Frauen-Union (EFU) vom 22. bis 26 August 1995 in Dresden

krieg geschaffenen Gräben zwischen den
Völkern und der Einsatz für den Schutz
der Würde und der Freiheit des Menschen
sowie die Sicherung des sozialen Fort-
schritts und der Rechte des einzelnen.

Die diesjährige Generalversammlung setz-
te sich mit diesen Fragen in drei Work-
shops „Demokratie und Menschenrechte“
(Marlene Lenz, Deutschland), „Entwick-
lung und Menschenrechte“ (Marianne
Rauber, Schweiz), „Nationalismus und
Menschenrechte“ (Ingrid Dodd, Großbri-
tannien) auseinander.

Die EFU wies darauf hin, daß die in zahl-
reichen internationalen Erklärungen und
Konventionen festgeschriebenen Men-
schenrechte nicht oder nur unzureichend
in die Tat umgesetzt wurden. Viele Länder
fänden es nicht einmal nötig, sich an die

Ratifikation der Gesetzestexte zu halten. Menschenrechte an der Schwelle des 21. Jahrhunderts umfaßten weitaus mehr, als man früher unter diesem Begriff verstanden habe. Insbesondere die Ereignisse in Ex-Jugoslawien, in Ruanda, Burundi und anderswo zeigten Menschenrechtsverletzungen als Frauenrechtsverletzungen. Deshalb forderte die EFU die Durchsetzung der „Wiener Erklärung“ der UNO-Menschenrechtskonferenz von 1993, in der festgestellt wird, daß die Menschenrechte von Frauen „ein unveräußerlicher, integraler und untrennbarer Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte“ sind und daß „geschlechtsspezifische Gewalt und Formen sexueller Belästigung und Ausbeutung, einschließlich solcher, die in kulturellen Vorurteilen wurzeln, sowie der internationale Menschenhandel unvereinbar mit der Würde des Menschen sind und beseitigt werden müssen“. Demzufolge setzt sich die EFU für

- Asylrechtliche Anerkennung frauenspezifischer Verfolgung und die Anpassung des Asylrechts an die besondere Situation geschlechtsspezifisch verfolgter Frauen ein.
- Auch sollten Massenvergewaltigungen von Frauen als Mittel der Kriegsführung anerkannt und vor einem internationalen Gerichtshof abgeurteilt werden.

Für die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten bedürfe es bestimmter Voraussetzungen an Bildung, wirtschaftlichen Möglichkeiten und sozialer Sicherung; diese seien nicht einmal in Westeuropa, geschweige denn in den neuen Demokratien garantiert. Demokratie brauche aber auch gleichen Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den Entscheidungszentren. Frauen seien aber auch in Europa in den meisten Parlamenten, in Regierungen und in Spitzenpositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft



Die EFU feierte auch ihr 40jähriges Bestehen

noch schlecht vertreten. Deshalb forderte die EFU, daß die Festsetzung einer Quote/Quorum als politische Zielvorstellung in die Diskussion gebracht werden soll. Die EFU forderte die Frauen dazu auf, sich für Aufgaben der Vermittlung zwischen Bürgern und Politik zu engagieren und die Aufgaben der Bürgerbeauftragten zu fördern und zu begleiten.

Am Ende ihrer Generalversammlung verabschiedeten die Delegierten folgende Schlußresolution:

Die europäische Zusammenarbeit pflegt die internationale Verständigung. Diese Vorteile sollen alle Gruppen und Ebenen der Gesellschaft erreichen. Sie sind die Bedingung sowohl für einen harmonischen Prozeß der europäischen Integration als auch für die rechtliche Entwicklung der europäischen Institutionen im Zusammenhang mit künftigen Erweiterungen. Wenn die Bevölkerung der Mitgliedstaaten diese Integration nicht unterstützt, besteht das Risiko, daß die Entwicklung der europäischen Verträge nicht nur verlangsamt wird, sondern zu einem völligen Stillstand kommt.

Die Möglichkeiten, das Zukunftsbild von Europa in der Bevölkerung zu verankern, müssen daher vorrangig verfolgt werden.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung Nr. 291 Alte Linke und neue Rechte – Gemeinsamkeiten und Gegen- sätze in der Diskussion über die Zukunft Deutschlands

Eichholzer Forum

8. bis 11. November 1995

Veranstaltungsort:
Bildungszentrum Schloß Eichholz
(Wesseling bei Bonn)

Einige der Themen:

- Das „Amt“ der Intellektuellen in der Demokratie
- Die Intellektuellen in der politischen Kultur Deutschlands
- Alte Linke – neue Rechte
- Intellektuelle Visionen für die liberale Demokratie

- Politische Korrektheit in Deutschland – eine Gefahr für die Demokratie?
- Kommunitarismus contra Liberalismus? – Neue Perspektiven für mehr Solidarität und Gemeinsinn?
- Intellektuelles Engagement nach der deutschen Einheit – Von der Utopie zu einem neuen Pragmatismus der Mitte?
- „Rasender Stillstand“ – philosophische Aussichten auf das vereinte Deutschland.

Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax: (0 22 36) 7 07-2 30

Neben der Pflege des natürlichen Stolzes auf die eigene Nation sollen die religiösen und nationalen Unterschiede beachtet und bewahrt werden.

Eine europäische Identität für alle Europäer strebt nach gemeinsamen Werten wie Demokratie, Humanität, Freiheit, Menschenrechte, Frieden und eine Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muß bei der Regierungskonferenz 1996 weiter entwickelt werden. Die europäischen Staaten müssen in stärkerem Maße die Verantwortung bei Katastrophen, wie der in Ex-Jugoslawien, übernehmen. Die Asylpolitik braucht eine Harmonisierung, wie auch die Aufnahme von Flüchtlingen.

Neue Konzepte sind erforderlich, um mehr Verantwortung und Zusammenarbeit zu garantieren. Die UN-Empfehlungen zum Schutz von Flüchtlingen in „nearby

areas“ brauchen eine realistische und praktikable Unterstützung.

Rückführung und Eingliederung sollen verstärkt werden, um den Flüchtlingen die Heimkehr zu ermöglichen. Die Eingliederungsprogramme sichern den Schutz für viele Flüchtlinge. Die EFU verurteilt solche, die Kriegsverbrechen gegen unschuldige Zivilisten, vor allem gegen Frauen und Kinder in Ex-Jugoslawien zu verantworten haben und verlangt ihre Verurteilung.

Die Tragödie im früheren Jugoslawien zeigt, wie notwendig es ist, die Europäische Union zu vertiefen und zu erweitern; wie wichtig es ist, daß die Menschen erkennen, daß Veränderungen auf friedlichem Wege möglich sind und nicht durch Kriege erfolgen müssen. Die Prävention muß eine stärkere Stellung in der europäischen Politik haben, weil die Maßnahmen zu einer Beendigung eines Krieges sehr viel schwieriger sind, als Vorbeugung und Friedenssicherung.

Konkrete Lösungen zur Beschäftigungssituation in Europa

Im Juli 1994 setzte das Europäische Parlament einen Sonderausschuß für Beschäftigung ein, der innerhalb eines Jahres wirksame Modelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entwickeln sollte. Wurde trotz erheblich unterschiedlicher Niveaus in der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und angesichts schwer vereinbarer zentraler und subsidiärer Lösungen eine gemeinsame Strategie zur Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze entwickelt?

Der CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann, der als stellvertretender Koordinator für die Europäische Volkspartei in diesem nichtständigen Ausschuß tätig war, zieht kritisch Bilanz:

1. Das Andauern der Massenarbeitslosigkeit ist eine Gefahr für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt Europas. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung muß mit höchster Priorität durch nationale und Gemeinschaftsaktionen wie Struktur- und Kohäsionsfonds geführt werden. Dabei sind die Maßnahmen der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten, der regionalen und kommunalen Behörden sowie der Sozialpartner wirkungsvoll zu kombinieren.

2. Durch die Einhaltung der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages entsteht ein stabiles wirtschaftliches Klima. Es begünstigt Investitionen und Beschäftigung in den Mitgliedstaaten. Mit einer solchen Haushalts- und Währungspolitik wird die Grundlage für Stabilität und berechenbare Politik geschaffen. Die

Skepsis des (sozialistischen) Berichterstatters, der als „Ausgleich der deflationären Bedingungen der Konvergenzkriterien“ die Schaffung von ca. 30 Millionen Arbeitsplätzen und massive zusätzliche Finanzinstrumente auf Unionsebene forderte, kann nicht geteilt werden.

3. Da die Europäische Union technisch enorm aufzuholen hat, müssen Wachstum gestärkt, und die Entwicklung von Innovationen gefördert werden. Um in Humanressourcen und Kapital zu investieren,

Von Thomas Mann MdEP

müssen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verdoppelt werden. Spätestens im Jahr 2 000 sollten sie ca. 3 Prozent des Brutto-Inlands-Produkts der EU ausmachen.

4. Die Struktur der Arbeitsplätze, die in den nächsten Jahrzehnten benötigt werden, ist eingehender zu untersuchen. Prognosen laufen darauf hinaus, daß die Zukunfts-Arbeitsplätze vor allem hier entstehen: im Dienstleistungsbereich (intelligente Beratung, Problemlösung, Finanzen); Pflege und Haushaltsdienste, Nachbarschafts- und Familienbetreuung; Freizeit und Touristikbereich; Verkehrsflußoptimierung; neue Informations- und Kommunikationstechnologien; Umweltbereich (Umweltprodukte, Recycling, Sanierung, Revitalisierung der Städte und Landschaften).

5. Eine der Grundlagen für die Zukunft Europas sind hochqualifizierte Arbeitskräfte. Eine zu frühe Spezialisierung verhindert den Ausstieg aus Berufen, die sich als chancenlos erweisen. Ausbildungsberufe müssen neu geordnet werden, um dauerhaft verwertbar zu sein und Zugang zu einem breiten Berufsspektrum zu bieten. Die inhaltliche Anpassung an neue Anforderungen muß ständig betrieben werden.

6. Die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen hat besonderen Rang. KMU und Handwerk, die nach wie vor die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Europa sichern, sind in der Regel innovativ, investitionsbereit und fähig, sich flexibel auf die erhöhten Herausforderungen der Märkte einzustellen. Ihre Europaorientierung ist zu fördern: Managementfähigkeiten; Wissen über steuerliche, administrative und juristische Zusammenhänge; grenzüberschreitende Kooperationen mit anderen KMU.

7. Deutliche Meinungsunterschiede gab es bei Vorschlägen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Es ist sinnvoll, vorhandene und noch zu schaffende Arbeit solidarisch zu teilen und bei den Verhandlungen der Tarifpartner nach Branchen und Regionen vorzugehen. Wirksam ist auch, wie die Erfahrungen in Deutschland mit der Idee „Mobilzeit“ zeigen, vermehrt Teilzeitarbeit zu fördern; individuelle Gestaltungsfreiheit und Zeitsouveränität, etwa für häusliche Aufgaben oder Freizeit, sind ein Gewinn.

8. Die Forderung, den öffentlichen Sektor entschieden auszubauen, war allerdings mit den Vorstellungen der EVP unvereinbar. Als erstrebenswertes Niveau wurde das der skandinavischen Länder angeführt, das „die Bürger in dem Gefühl bestärken wird, daß soziale Sicherheit in

der Gesellschaft vorhanden ist“. Der Widerstand war nicht nur bei den Christdemokraten erheblich. Zurecht, angesichts der erheblichen finanziellen Probleme in diesen Nordländern der Europäischen Union, speziell verursacht durch die Unbezahlbarkeit sozialer Sicherungssysteme.

Insgesamt jedoch ist der Bericht zur „kohärenten Beschäftigungsstrategie“ für die Europäische Union positiv zu bewerten. Die Erkenntnisse des Sonderausschusses werden sowohl im Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik als auch im Ausschuß für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung weiter behandelt.

Wir stehen erst am Anfang eines Weges, der Abschied nimmt vom reinen Analysieren. Es sind jetzt konkrete, effektive Maßnahmen zwingend erforderlich. Das Europäische Parlament wird sich aktiv in Verfahren einschalten, mit denen geprüft wird, inwieweit die Leitlinien zur Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Die dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist jede wirksame Anstrengung auf europäischer wie nationaler Ebene wert.

Ohne Tierversuche Tierschutz-Forschungspreis

Der mit insgesamt 30 000 Mark dotierte Tierschutz-Forschungspreis 1994 ist an drei Forscherteams vergeben worden.

Die Arbeitsgruppe von Klaus Cußler (Paul-Ehrlich-Institut, Langen) sowie Martin Groschup (Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere, Tübingen) werden für die Entwicklung von Prüfmethode ausgezeichnet, die die Wirksamkeit von Impfstoffen gegen das sogenannte Rotlaufbakterium ohne Tierversuche ermitteln.

Tierschutzpolitik lebendig gestalten

– Projekte für die Arbeit vor Ort –

Fragen des Tierschutzes stehen immer häufiger im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von dem Thema angesprochen und setzen sich damit auseinander. Werben Sie deshalb beim Thema Tierschutz um die Sympathie der Bürgerinnen und Bürger. Ein CDU-Sommerfest zugunsten des örtlichen Tierheims beispielsweise kann eine beachtliche Wirkung erzielen. Preisverleihungen für Tierschutzprojekte im Kreis dürften ihren Niederschlag in der örtlichen Presse finden und gerade auch Jugendliche interessieren. Einen Strauß voller Ideenvorschläge haben wir Ihnen zusammengestellt; Ihrer Phantasie sind aber beim Thema Tierschutz keine Grenzen gesetzt. Greifen Sie das Thema auf! Sie werden damit eine große Zahl von Menschen ansprechen.

Aktionen rund ums Tierheim

Nahezu in jeder Stadt gibt es ein Tierheim. Hier werden herrenlose Haustiere untergebracht und versorgt. Das Tierheim versucht, ein neues Zuhause für die Tiere zu finden. Das ist oft mit viel Engagement der Angestellten und ehrenamtlichen Tierschützer verbunden. Darüber hinaus sind viele Tierheime bereit, Tierhaltern in Notlagen in unbürokratischer Weise zu helfen.

Allen Tierheimen ist eines gemein: Sie würden gerne noch mehr tun, wenn sie das nötige Geld hätten. Finanziert werden sie von den Kommunen, getragen aber meistens von den örtlichen Tierschutzvereinen, an die die Gemeinden ihre Aufgaben in der Versorgung der Fundtiere übertragen.

Gerade die Tierheime in den neuen Bundesländern brauchen noch Unterstützung. Ein flächendeckendes Netz ist noch nicht vorhanden, viele Tierheime befinden sich noch im Aufbau.

Mit Aktionen zugunsten von Tierheimen können viele Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch Familien mit Kindern, angesprochen werden. Das örtliche Presseecho dürfte Ihnen sicher sein.

● Besuch im Tierheim

Besuchen Sie mit interessierten Mitgliedern des Orts- oder auch Kreisverbandes und gegebenenfalls CDU-Stadtratmitgliedern das örtliche Tierheim. Las-

Was können Sie tun?

sen Sie sich die Anlagen zeigen und schildern, was im Tierheim geleistet wird. Für ein offenes Ohr für die Wünsche und Probleme des Tierheims ist man Ihnen sicherlich dankbar. Die Ratsmitglieder sollten vorher prüfen, ob sie dem Tierheim Unterstützung zusagen können.

● Ein Fest fürs Tierheim

Organisieren Sie ein Sommer- oder Herbstfest zugunsten des Tierheims, beispielsweise ein CDU-Fest mit Tombola, Musik, kulinarischen Genüssen etc. Das Tierheim sollte bei dem Fest ausreichend Gelegenheit haben, sich darzustellen. Eine Fotoausstellung oder eine Präsentation einiger Tiere ist deshalb obligatorisch. Gleichzeitig sollten interessierte Bürger die Möglichkeit haben, auf dem Fest Kontakt zum Tierheim zu

bekommen. Spätere Vermittlung eines Tieres nicht ausgeschlossen.

● Info-Abend Tierheim

Veranstalten Sie einen Info-Abend, bei dem das Tierheim die Möglichkeit hat, sich zu präsentieren. Patenschaften für Heimtiere und Tierversmittlung können stattfinden. Eingeladen werden natürlich CDU-Mitglieder, Frauen-Union, Senioren-Union sowie insbesondere auch Junge Union und Schüler-Union. Es sollte aber auch sichergestellt sein, daß die breite Öffentlichkeit informiert und eingeladen ist.

Aktionen „Praktizierter Tier- und Artenschutz“

Praktizierter Tierschutz ist auch das Sichern günstiger Lebensumstände für Tiere, die teilweise durch unsere Zivilisation gefährdet sind. Besonders die Junge Union und die Schüler-Union können mit Aktionen zum praktizierten Tier- und Artenschutz ihre Attraktivität steigern und Anreize auch für neue Mitgliedschaften schaffen.

● Beispiele für Aktionen sind das Aufstellen von **Schutzzäunen für Frösche an Straßen**, die sie zu ihrer Laichzeit überbrücken müssen, oder aber auch das Aufhängen von **Nistkästen für Meisen und andere Vögel** in Stadtparks, Gärten usw.

Zur Durchführung solcher Aktionen bedarf es natürlich Sachkenntnis. Sie sollten daher nur in enger Absprache mit der Kommunalverwaltung und mit örtlichen Tierschutzfachleuten durchgeführt werden. Praktische Hilfe kann aber auch ein interessierter Biologielehrer leisten.

● Aktion „Lebensraum für Schmetterlinge und Vögel“

Pflanzen Sie mit dem CDU-Ortsverband in Absprache mit Eltern, Erziehern und Lehrern in der Nähe einer Grundschule

oder eines Kindergartens einen blühenden Strauch oder Baum, in dem sich Vögel und Schmetterlinge wohlfühlen. Die Botschaft heißt: Die CDU macht den Schülern bzw. Kindergartenkindern ein Geschenk, damit die Tiere der Natur in ihrer Nähe leben können. Dann muß nur noch sichergestellt werden, daß ein Vertreter der örtlichen Presse anwesend ist.

Tierschutzwettbewerbe

● Foto- oder Malwettbewerbe

Schreiben Sie einen großen Foto- oder Malwettbewerb, z. B. zu den Themen „Tiere in unserer Umwelt“ oder „Unsere liebsten Haustiere“ aus. Die eingesandten Fotos oder Bilder werden dann im Rahmen einer Ausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt und die besten von einer unabhängigen Jury prämiert.

● Die beste Tierschutzidee

Prämieren Sie die beste Tierschutzidee in Ihrem Kreisverband. Rufen Sie Schulen, Tierschutzvereine, Jugendorganisationen und auch Tierzuchtvereine (Hundeverein, Kaninchenzüchterverein etc.) dazu auf, Ihnen ihre laufenden Projekte oder auch ihre Ideen zum Tierschutz vorzustellen. Präsentieren Sie die Projekte und Ideen im Rahmen einer Ausstellung und prämiieren Sie die besten mit attraktiven Preisen. Ein Vortrag zum Thema Tierschutzpolitik kann die Veranstaltung politisch abrunden.

Vortragsveranstaltungen zum Thema Tierschutz

Machen Sie ruhig auch einmal eine Vortragsveranstaltung zum Thema Tierschutz. Wenn das Thema interessant ist, werden sich genügend Zuhörer einfinden. Als mögliche Referenten können **Kreistierärzte** (Veterinäramt) angefragt werden, die aus ihrem weiten Tätigkeitsfeld berichten können. **Vorsitzende von**

örtlichen Tierschutzvereinen kommen ebenso – je nach persönlicher Einstellung natürlich – in Betracht. Diese können über ihre Tätigkeit und die Situation des Tierschutzes in der entsprechenden Region berichten, haben aber gleichzeitig auch Gelegenheit, ihre Forderungen an die Politik loszuwerden. Wenn Sie die Möglichkeit haben, **Hochschullehrer**, die mit dem Thema Tierschutz zu tun haben, anzusprechen, dann laden Sie sie ein. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn sich in Ihrer erreichbaren Nähe eine Hochschule mit tiermedizinischer Fakultät befindet. Laden Sie auch einen **Zooleiter** ein, der berichten kann, wie man im Zoo versucht, die Tiere artgerecht zu halten und wie der Tierschutz dort in den letzten Jahren verbessert wurde. Geeignete Referenten finden Sie auch bei den **Landwirtschaftskammern** oder **Landwirtschaftsämtern**. Diese können über artgerechte Haltungsförmern in der Landwirtschaft berichten und helfen, Vorurteile, die es in der Bevölkerung gibt, abzubauen. Interessant dürfte auch ein Dia-Vortrag eines

Biologen oder **Biologielehrers** zum Thema bedrohte Tierarten in der Heimatregion sein.

Aktion „CDU zu Besuch im Zoo oder im Wildgehege“

Besuchen Sie mit Ihrem CDU-Orts- oder Kreisverband einen in Ihrer Nähe gelegenen Zoo oder ein Wildgehege. Lassen Sie sich von der Zooleitung über die Probleme informieren und sachkundig durch den Zoo oder auch das Wildgehege leiten. Laden Sie auf jeden Fall einen Pressevertreter mit zu diesem Rundgang ein.

Aktion „Tiere auf dem Bauernhof“

In fast jedem CDU-Ortsverband gibt es viele aktive Landwirte. Sprechen Sie diese an – sie sind bestimmt zum Mitmachen bereit.

● Infonachmittag auf dem Bauernhof

Veranstalten Sie ein CDU-Fest auf einem Bauernhof. Der Bevölkerung soll hier die Möglichkeit gegeben werden, sich über die landwirtschaftliche Tierhaltung zu informieren. Neben den obligatorischen kulinarischen Genüssen, Musik und anderen Festelementen sollte in jedem Fall eine sachkundige Führung durch die Stallungen ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

● Fahrt mit Stadtkindern aufs Land

Organisieren Sie eine Informationsfahrt für Kinder und natürlich auch interessierte Eltern aus der Stadt auf einen Bauernhof. Die Gelegenheit, Kühe, Schweine und Hühner einmal aus der Nähe betrachten zu können, findet bestimmt gerade in der Altersgruppe 10 bis 14 Jahre großen Anklang. ■

Aussendung an die Kreisverbände

Flugblatt (auf Seite 2 dieser Ausgabe), **Wandzeitung** (letzte Seite) und **Handbuch** (Seite 43) werden in der nächsten Woche in ausreichender Anzahl an die Kreisverbände verschickt.

Das **Flugblatt** kann in Mengen, die über die Zahl der verschickten Exemplare hinausgehen, in unserem IS-Versandzentrum in Vermold bestellt werden:
Bestell-Nr.: **1099**,
Verpackungseinheit: 1000 Expl.,
Preis je Einheit: 14,- DM.

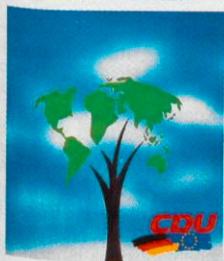
Handbuch zu Aktion Tierschutz

Dieses Handbuch enthält wichtige Informationen über die Schwerpunktthemen der Aktion, z. B. die Regelungen des Tierschutzgesetzes, über richtige Tierhaltung, besseren Schutz von Tieren beim Transport, über Tierversuche und den Schutz der wildlebenden Tierwelt und der Artenvielfalt. Letztes Kapitel: Eine Chronologie des Tierschutzes.



EINE WELT AKTION

ENTWICKLUNG UND UMWELT



TEXTE · REDEN · GEDANKEN

In: 33759 Versmold
Postfach 11 64
Fax (0 54 23) 4 15 21

◀ „Eine Welt Aktion '93“ – Texte, Reden und Gedanken zur Umwelt- und Entwicklungspolitik. Bestell-Nr.: 5596, Verpackungseinheit: 10 Expl., Preis je Einheit: 14,50 DM.

▶ Faltpapier „Umwelt“ – Natürliche Lebensgrundlagen bewahren. Bestell-Nr.: 2968, Verpackungseinheit: 100 Expl., Preis je Einheit: 20 DM.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN



SCHÖPFUNG BEWAHREN

Tiere schützen

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten.
Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden
Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

27/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~VA~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.